



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Ist der Vertrag von Lissabon mit dem Grundgesetz vereinbar?

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



B. Die Thesen

M5: Ist der Vertrag von Lissabon mit dem Grundgesetz vereinbar?

- **Befürworter:** Aus Sicht der Bundesregierung führt das im Dezember 2007 unterzeichnete Vertragswerk nicht zu weniger, sondern zu mehr Demokratie in Europa. "Der Vertrag von Lissabon stärkt die demokratischen Grundlagen der Europäischen Union nachdrücklich", bekräftigt Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Auch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) verteidigt das Reformprojekt. "Der Vertrag beeinträchtigt die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland nicht." Die EU-Mitgliedstaaten blieben auch nach Inkrafttreten des Reformvertrags "Herren der Verträge".
- Steinmeier betont die Notwendigkeit, die Arbeit der EU effizienter zu gestalten: "Dauerhafte Handlungsfähigkeit für eine EU mit 27 Mitgliedstaaten wird es mit den hergebrachten Regeln einer Union von 12 oder 15 Mitgliedern nicht geben."
- **Gegner:** Die Kritiker werfen der EU ein wachsendes Demokratiedefizit und eine Aushöhlung staatlicher Souveränität vor. Peter Gauweilers juristischer Vertreter Dietrich Murswiek kritisiert den Vertrag als undemokratisch. Der Einfluss des deutschen Bundestages auf die europäische Gesetzgebung werde nicht vergrößert, sondern drastisch verkürzt. Auch über das EU-Parlament werde der Wille der Wähler nicht angemessen zur Geltung gebracht: Der Vertrag sei unlesbar und unverständlich. Sein Inhalt könne nur von wenigen Experten, nicht aber vom Volk verstanden werden.
- Nach den Worten von Markus Kerber, Bevollmächtigter Stauffenbergs, haben die EU-Institutionen seit den 90er Jahren einen Prozess der Machtkonzentration durchlaufen. Die EU-Kommission habe sich zu einer "Hydra" entwickelt – einem nicht mehr steuerbaren und nicht mehr kontrollierbaren Organismus.
- Ein kritischer Punkt ist vor allem die Frage nach den neuen Kompetenzen der EU in Sachen Inneres und Justiz. Dies waren bislang Kernbereiche staatlicher Souveränität.

C. Die Argumente für/gegen Steuersenkungen

M5 Argumente: PRO

- Notwendig, um die EU bei ihrer derzeitigen Mitgliederstärke von 27 Staaten handlungsfähig zu erhalten.
- Damit nicht jeder Mitgliedsstaat seine Einzelinteressen durchsetzen kann, ist eine Abgabe von Kompetenzen an die übergeordnete Ebene der EU unumgänglich.



© www.aboutpixel.com – Vind

M6 Argumente: CONTRA

- Dadurch, dass die einzelnen Mitgliedstaaten immer mehr Kompetenzen an die EU abgeben, wird ihre nationalstaatliche Souveränität zunehmend eingeschränkt.
- Es ist nicht möglich, dass alle Probleme und Fragen ausschließlich auf der übergeordneten Ebene gelöst werden, weil es große regionale Unterschiede zwischen den Mitgliedern der EU gibt.
- Die Brüsseler Bürokratie hat oftmals keinen oder zumindest nicht genügend Einblick in die „Verhältnisse vor Ort“.
- Mit den Bereichen „Inneres“ und „Justiz“ wird eine Kernkompetenz des Nationalstaates angetastet.
- Es stellt sich die Frage, ob und warum die EU etwas regeln muss, was ein Mitgliedsstaat auch selbst regeln kann (evtl. Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip!).
- Die EU entfernt sich immer weiter von ihren Bürgern; diese verstehen die Prozesse auf supranationaler EU-Ebene oftmals nicht. Auf diese Weise wird das Demokratieprinzip ausgehöhlt.



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Ist der Vertrag von Lissabon mit dem Grundgesetz vereinbar?

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

